



OFFENER BRIEF AN DIE MITGLIEDER DES DRESDNER STADTRATES

Lingnerschloss: Die Stadt selbst beziffert das Prozessrisiko

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

die rechtliche Einschätzung der Landeshauptstadt Dresden vom 30. August 2026 liefert wichtige Fakten. Nach den uns vorliegenden Unterlagen beziffert die Stadt Dresden selbst das Prozessrisiko. Wird der bestehende Vergleich widerrufen, wird der Rechtsstreit vor dem Oberlandesgericht Dresden fortgesetzt. Das Rechtsamt legt nach seiner eigenen Berechnung einen Streitwert von rund 10 Millionen Euro zugrunde. Für den Fall des Unterliegens errechnet die Stadt rund 775.000 Euro Prozesskosten bis einschließlich OLG. Bei einer dritten Instanz könnten es insgesamt rund 1,31 Millionen Euro werden. Noch entscheidender: Das Rechtsamt selbst bezeichnet das Risiko, in zweiter Instanz zu unterliegen, gegenwärtig als „offen“. Das sind keine Zahlen eines Investors oder der Insolvenzverwaltung. Es ist die eigene Risikoberechnung der Landeshauptstadt Dresden.

Ein Nein bedeutet keinen einfachen Neustart

Auch das stellt das Rechtsamt klar: Mit der zweiten Investorengruppe gibt es bislang keinen ausgehandelten und unterzeichneten Kaufvertrag. Ein Widerruf bedeutet daher nicht, dass anschließend automatisch die zweite Bietergruppe übernimmt. Die Insolvenzverwaltung hat vielmehr angekündigt, bei einer Ablehnung des Vergleichs eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen zu wollen. Dresden kann das OLG zwar um eine spätere Terminierung bitten, erzwingen kann die Stadt eine Verzögerung des Gerichtsverfahrens nicht.

Ein Nein kann deshalb zunächst bedeuten:

Zurück in einen Rechtsstreit mit offenem Ausgang und einem von der Stadt selbst errechneten Kostenrisiko von bis zu rund 1,31 Millionen Euro. Und gleichzeitig muss Dresden überall sparen. Genau hier stellt sich die politische Frage. Dresden hat kein Geld zu verschenken. Für 2026 wurde eine Haushaltssperre verhängt. Nicht geschützte Aufwendungen und Auszahlungen wurden grundsätzlich zu 50 Prozent gesperrt. Förderungen Dritter in Bildung, Kultur, Jugend und Sport wurden grundsätzlich nur zu 75 Prozent freigegeben. Eltern müssen höhere Kita-Beiträge tragen. Bei Jugend und sozialen Angeboten wird um Finanzierung gerungen. Investitionen werden verschoben. Selbst die Dresdner Brunnen wurden zunächst aus finanziellen Gründen nicht angeschaltet.

Das ist die finanzielle Realität dieser Stadt. Wenn Dresden bei Jugend, Kultur, Verkehr, Kitas und kommunaler Infrastruktur jeden Euro umdrehen muss, muss die Frage erlaubt sein: Wie lässt sich gleichzeitig ein zusätzliches Prozesskostenrisiko von bis zu 1,31 Millionen Euro rechtfertigen? Und wo soll dieses Geld im Ernstfall herkommen?

Zur Wahrheit gehört auch die wirtschaftliche Vergangenheit

Das Lingnerschloss hat wirtschaftlich schwierige Jahre hinter sich. Die frühere Lingnerschloss Gastronomie Betriebs GmbH wurde insolvent. Auch der Förderverein Lingner-Schloß e. V. befindet sich im Insolvenzverfahren. Zu einer vollständigen Betrachtung gehört ebenfalls, dass ein Akteur, der bereits mit der damaligen Schlossgastronomie verbunden war, heute bei der alternativen Lösung erneut mit am Tisch sitzt. Die *Dresdner Neuesten Nachrichten* berichteten bereits 2018 über diese Verbindung.

Umso wichtiger ist es, die enorme Leistung des Fördervereins nicht zu vergessen.

Seine Mitglieder, Spender und Unterstützer haben über Jahrzehnte Geld und unzählige Stunden ehrenamtlicher Arbeit in das Lingnerschloss investiert. Ohne dieses Engagement würde am Elbhang möglicherweise noch heute eine Ruine stehen.

Dieses Engagement und das Vertrauen der Mitglieder und Spender müssen auch in Zukunft ihren Platz behalten.

Dresden muss Prioritäten setzen

Die Ausgangslage lässt sich auf wenige Zahlen reduzieren: Bis zu 1,31 Millionen Euro beträgt das von der Stadt selbst errechnete Prozesskostenrisiko bei einer dritten Instanz. Mindestens 3,65 Millionen Euro beträgt demgegenüber das angekündigte private Engagement aus Kaufpreis und weiterer Sanierung. Dazu kommt ein wesentlicher Punkt, der sich nicht allein in Euro ausdrücken lässt: Das Lingnerschloss soll geöffnet bleiben. Veranstaltungen, öffentliche Nutzung und das Engagement des Fördervereins sollen fortgeführt werden.

Das Rechtsamt kann die juristische Situation beurteilen. Die Insolvenzverwaltung kann ihre Position vertreten. Investoren können Angebote vorlegen. Über das finanzielle Risiko für Dresden entscheidet jedoch der Stadtrat. Deshalb sollte am 3. September vor allem transparent beantwortet werden: Welchen konkreten Vorteil hätte Dresden davon, eine sofort umsetzbare privatwirtschaftliche Lösung aufzugeben und stattdessen in einen Rechtsstreit mit offenem Ausgang und erheblichem Kostenrisiko zurückzukehren?

Weitere Informationen zum Lingner Forum online unter www.lingner-forum erreichbar.

Pressekontakt

Lingner Forum

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: presse@lingner-forum.de